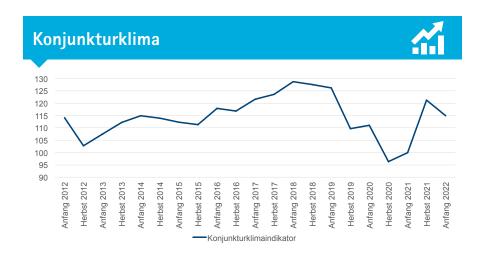


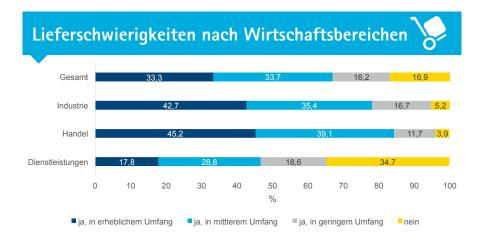
Die Ruhrwirtschaft zeigt sich zu Jahresbeginn in einer verhaltenen Stimmung. Die Gründe dafür sind auf die stark angestiegenen Inzidenzzahlen sowie auf die verschärften Restriktionen im Umgang mit der Coronasituation zurückzu-

führen. Dies belegen die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage der IHKs im Ruhrgebiet, an der sich 877 Unternehmen mit rund 119.000 Beschäftigten beteiligt haben.



Mit gut und befriedigend sehen 84 Prozent ihre derzeitige Geschäftslage. Vor einem halben Jahr waren es noch 87 Prozent. Pessimistisch bleiben 16 Prozent der Unternehmen bei der zukünftigen Geschäftslage. Sie stufen anders als noch vor einem halben Jahr (14 Prozent) – ihre Erwartung eher als schlecht ein. Der Klimakonjunkturindex legte im Jahresvergleich um 15 Punkte auf 115 Zähler zu, fiel aber im Vergleich zur letzten Konjunkturbefragung im Herbst 2021 um sechs Punkte ab.

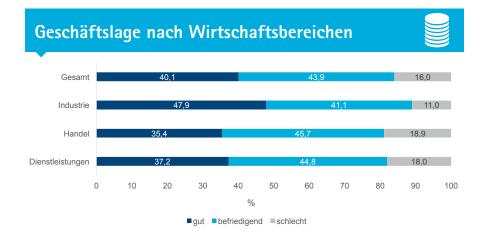




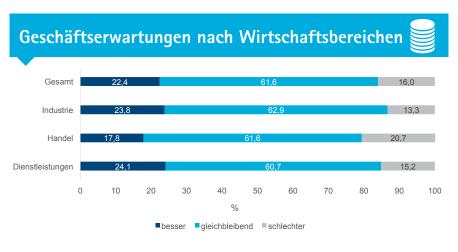
Lieferengpässe und steigende Energie- und Rohstoffpreise belasten Wirtschaft

Verunsicherungen, die sich aus der Verfügbarkeit von Fachkräften und der künftigen Entwicklung der Inlandsnachfrage sowie der Energie- und Rohstoffpreise ergeben, belasten derzeit die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Ruhrgebiet besonders stark. Hinzu kommt, dass im Laufe des vergangenen

Jahres die Preise für zahlreiche Rohstoffe, Vorprodukte und Güter aller Art deutlich gestiegen sind. Die Unternehmen müssen teils Wochen oder Monate auf bestellte Materialien warten und versuchen, ihre Lieferketten an die herausfordernden Gegebenheiten anzupassen. Dies betrifft Betriebe sämtlicher Branchen und Größenklassen.



So sehen sich 84 Prozent der Betriebe im Handel mit diesen Herausforderungen konfrontiert. In der Industrie sind es 78 Prozent der Unternehmen, die in erheblichem und mittlerem Umfang unter Lieferschwierigkeiten leiden. Das größte Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung sehen 65 Prozent der befragten Unternehmen in den steigenden Energieund Rohstoffkosten. Zu den weiteren Risiken zählen der Fachkräftemangel (59 Prozent) und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (43 Prozent).



Industrie

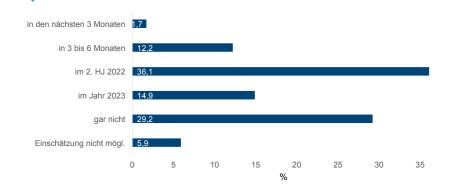
Vor allem die Industrie hat in den letzten Monaten zu einer Stabilisierung der gesamten konjunkturellen Lage beigetragen. 89 Prozent der Industrieunternehmen bewerten ihre gegenwärtige Lage mit gut bis befriedigend und damit positiver als im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbranchen. Die zukünftige Geschäftslage wird von 87 Prozent der Betriebe besser oder gleichbleibend eingeschätzt. Auch vermeldet die Industrie mit jeweils 88 Prozent steigende bzw. unveränderte Auftragseingänge im Inund Ausland. Entgegen dieser positiven Meldung ist jedoch festzustellen, dass die Wirtschaft unter anhaltenden Problemen bei der Beschaffung von Vorprodukten und Rohstoffen leidet und somit vor enorme logistische Herausforderungen gestellt ist.

Der Mangel an Vorleistungen, insbesondere Halbleiter, elektronische Bauteile, Baumaterialien, Metalle, Chemikalien und Papier, hat sich nach dem wirtschaftlichen Tiefpunkt mit Beginn der Corona-Krise im Frühjahr 2020 zu einer

wesentlichen Bremse für den Aufschwung entwickelt. Fast drei Viertel der Unternehmen berichten über Ertragseinbußen und 62 Prozent über einen steigenden Planungsaufwand, die sich durch Preisanstiege und Lieferschwierigkeiten auswirken. Im zweiten Halbjahr, so die Einschätzung von 36 Prozent der Unternehmen, werden sich die Engpässe bei der Versorgung mit relevanten Rohstoffen allmählich mindern.

Verbesserung bei der Versorgung mit relevanten Rohstoffen





Handel

Mit 19 Prozent berichtet fast jedes fünfte Unternehmen im Handel von einer schlechten Geschäftslage. Sie hat sich im Vergleich zum Vorjahr (27 Prozent) zwar verbessert, aber zum Herbst (zwölf Prozent) verschlechtert. Besonders betroffen ist der Einzelhandel. So berichtet fast jedes vierte Unternehmen von einer schlechten Geschäftslage. Im Herbst waren es 14 Prozent, vor einem Jahr 34 Prozent. Die Gründe dafür sind auf die stark steigenden Inzidenzzahlen sowie auf die verschärften Restriktionen im Umgang mit der Coronasituation zurückzuführen. Für die kommenden Monate erwartet iedes fünfte Unternehmen - sowohl im Handel als auch im Einzelhandel – eine schlechte Geschäftslage. Stark betroffen zeigt sich der Handel von Preisanstiegen und Lieferschwierigkeiten. 70 Prozent stellen in erheblichem Umfang Preisanstiege fest. Unter zunehmenden Lieferproblemen bei Waren leiden 45 Prozent der Händler, im Finzelhandel sind es 48 Prozent.



Dienstleistungen

Über eine eher durchwachsene Wirtschaftslage berichtet das Dienstleistungsgewerbe. 82 Prozent sehen ihre aktuelle Geschäftslage gut und befriedigend. Vor einem Jahr waren es 70 Prozent und im Herbst 2021 vermeldeten 84

Prozent der Unternehmen eine gute oder zumindest befriedende Situation. Die Erwartung für die kommende Monate ist eher durchschnittlich. Eine tendenziell schlechte Geschäftslage erwarten 15 Prozent. Im Vergleich: Zu Jahresbeginn

Jedes achte Unternehmen des Gastgewerbes ist von einer Insolvenz bedroht

2021 waren es noch 30 Prozent und vor einem halben Jahr 13 Prozent.

Für das Gastgewerbe ist die aktuelle Geschäftslage beinahe dramatisch. Über zwei Drittel (70 Prozent) der Unternehmen berichten von einer schlechten Situation. Noch vor einem halben Jahr waren es nur ein Drittel der Unternehmen, die von einer schlechten Geschäftslage sprachen. Die negative Stimmung ist auf wegfallende Einnahmen durch Weihnachtsfeiern in den umsatzstärksten

Wochen des Jahres zu sehen. Hinzu kommen die verschärften Corona-Regeln (2G+), die zu Beginn des Jahres für Restaurants, Bars, Cafés und Fitnessstudios in Kraft getreten sind. Zudem führt der anhaltende Personalmangel dazu, dass viele Gastronomen ihre Öffnungszeiten deutlich einschränken müssen. Über 30 Prozent des Gastgewerbes berichten über Liquiditätsengpässe, jedes achte Unternehmen ist von einer Insolvenz bedroht.

Inlandsinvestitionen und Motive

Aufbruchstimmung ist bei der Investitionstätigkeit festzustellen. So planen 32 Prozent aller Unternehmen höhere Ausgaben im Inland. Ein halbes Jahr zuvor waren es 29 Prozent der Betriebe, die diese Aussage getroffen haben und zu Jahresbeginn 2021 war es lediglich

jedes fünfte Unternehmen. Die höchsten Zuwächse bei Investitionen plant die Industrie (35 Prozent), gefolgt von Handel (32 Prozent) und Dienstleistungen (31 Prozent).

Erwartete Investitionsausgaben - Inland Gesamt Industrie Handel Dienstleistungen 14.3 100 ■höhere ■gleichbleibende ■geringere

Zu dem Hauptmotiv für die Inlandsinvestition gaben 69 Prozent aller Unternehmen an, in die Ersatzbeschaffung zu investieren. 30 Prozent planen verstärkt Ausgaben in die Produktinnovation, 29 Prozent in den Umweltschutz und 28 Prozent in Rationalisierungsmaßnahmen. Der Branchenvergleich zeigt, dass Industrieunternehmen ihre Investitionen stärker auf die Ersatzbeschaffung (73 Prozent), Umweltschutz (35 Prozent) sowie auf Rationalisierungsmaßnahmen (33 Prozent) ausrichten werden, als der Handel oder die Dienstleistungsbranche. Durchschnittlich 23 Prozent aller Unternehmen planen dabei, die Beschäftigtenzahl zu erhöhen.





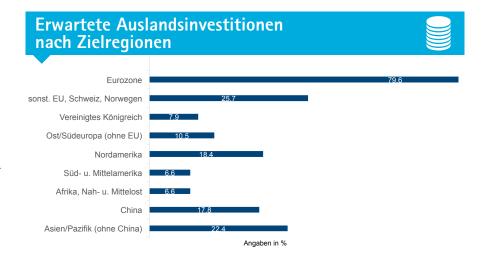
Erwartete Auslandsinvestitionen

Trotz aktueller Schwierigkeiten bei Lieferketten und Logistik planen 32 Prozent der Unternehmen höhere Investitionen im Ausland. Im Vergleich zum Vorjahr waren es nur 21 Prozent. So beabsichtigen 71 Prozent der investierenden Unternehmen vor allem die Erweiterung des Vertriebs- und Kundendienstes durch lokale Büros. Den Grund zur Markterschließung geben 16 Prozent der Betriebe an, 13 Prozent führen eine intensivere Kostenersparnis als Investitionsmotiv an.

Regionaler Schwerpunkt ist und bleibt die Eurozone. Ihre Bedeutung hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen. 80 Prozent der im Ausland investierenden Unternehmen wollen ihre Investitionstätigkeit dort ausweiten (2021: 72 Prozent). In den Nicht-Euro-Staaten, der Schweiz und Norwegen planen über ein Viertel der Betriebe mit neuen Investitionen. Weiterhin folgen der asiatischpazifische Raum ohne China (22 Prozent) und Nordamerika mit 18 Prozent. Fast jedes sechste im Ausland investierende Unternehmen möchte seine

Präsenz in China ausbauen. Weitere Auslandsaktivitäten beabsichtigt jeder zehnte Betrieb außenhalb der EU in Ost- und Südeuropa. Acht Prozent der Unternehmen lassen sich vom Brexit nicht abschrecken und planen in diesem Jahr Investitionen im Vereinigten Königreich. Jeweils sieben Prozent der Betriebe sehen Auslandsinvestitionen in Süd- und Mittelamerika beziehungsweise in Afrika, Nah- und Mittelost vor.

der Unternehmen wollen in die Eurozone investieren

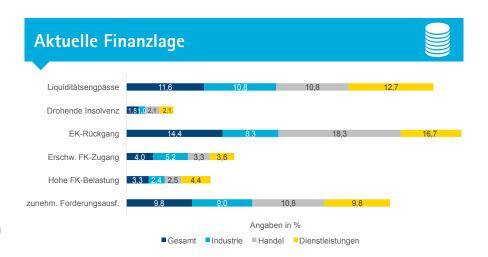


Aktuelle Finanzsituation

Die Finanzlage der Unternehmen erholt sich derzeit nur sehr langsam. Noch immer beurteilen rund 30 Prozent der Unternehmen ihre eigene Finanzsituation als problematisch. Im Vordergrund stehen vor allem der Eigenkapitalrückgang (14 Prozent) sowie Liquiditätsengpässe (12 Prozent). Von einer Insolvenz sehen sich über die Breite der Wirtschaft 2 Prozent der Unternehmen bedroht.

Ein Blick in die Branchen zeigt, dass in der Industrie drei Viertel der Unternehmen ihre Finanzlage als unproblematisch ansehen. Dennoch sind 11 Prozent der Unternehmen von Liquiditätsengpässen bedroht. Von zunehmenden Forderungsausfällen berichten 9 Prozent der Industrieunternehmen.

Im Handel sehen 29 Prozent der Unternehmen Schwierigkeiten bei der aktuellen Finanzlage. Die größten Herausfor-



derungen sind der Eigenkapitalrückgang (18 Prozent) und bei jeweils 11 Prozent Liquiditätsengpässe und zunehmende Forderungsausfälle. Der Einzelhandel berichtet mit 31 Prozent von finanziellen Schwierigkeiten. Größte Sorgen bereitet

den Unternehmen der Eigenkapitalrückgang (22 Prozent) und Liquiditätsengpässe (15 Prozent).

Bei den Dienstleistungen ist die Lage unverändert geblieben. So geben 31 Prozent der Unternehmen an, vor einer problematischen Finanzlage zu stehen. 17 Prozent verzeichnen einen Eigenkapitalrückgang und 13 Prozent Liquiditätsengpässe.

Im Gastgewerbe wird die Finanzlage weitaus negativer gesehen. Der Anteil der Unternehmen, die von finanziellen Schwierigkeiten berichten, ist gegenüber der letzten Umfrage im Herbst von 61 Prozent auf 78 Prozent gestiegen. Fast zwei Drittel der Unternehmen gaben an, von Eigenkapitalrückgängen betroffen zu sein. 31 Prozent sehen Liquiditätsengpässe und jedes achte Unternehmen befürchtet eine drohende Insolvenz.

Impressum

108. Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet (IHKs Dortmund, Duisburg, Essen, Mittleres Ruhrgebiet, Nord Westfalen)

Redaktion: Ralf Bollenberg, IHK zu Dortmund

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer zu Dortmund

(Federführer 2022)

Industrie- und Handelskammer zu Dortmund

Märkische Straße 120 44141 Dortmund yww.dortmund.ihk.de